

V-20 Für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Vielfalt. Gegen die Entrechtung von Schutzsuchenden in Berlin.

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 30.11.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 9 Verschiedenes

1 „Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch in seiner Würde und Freiheit.
2 Jeder Mensch
3 ist einzigartig und gleich an Würde und Rechten geboren. Die universellen und
4 unteilbaren
5 Menschenrechte sind Anspruch und Maßstab unserer Politik.“ – so lautet der erste
6 Satz im
7 Bündnisgrünen Grundsatzprogramm.

8 Der Fakt, dass Rechte für alle gleich gelten, ist ein zentraler Bestandteil einer
9 funktionierenden Demokratie. Die Würde und Freiheit eines jeden Individuums sind
10 eng mit
11 stabiler Rechtsstaatlichkeit und Demokratie verbunden.

12 Deutschland ist ein Einwanderungsland und das ist auch gut so. Unser Land ist
13 vielfältiger
14 denn je, was zu einer dynamischeren, kreativeren und inklusiveren Gesellschaft
15 führt. Die
16 Grundlage dieser Gesellschaft ist eben die Allgemeingültigkeit ihrer rechtlichen
17 Basis.
18 Diese gibt Sicherheit, fördert den sozialen Zusammenhalt und bereichert das
19 wirtschaftliche
20 sowie kulturelle Leben.

21 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine Politik ein, die die Vielfalt unserer
22 Gesellschaft als Stärke sieht und die Freiheit aller verteidigt. Wir gestalten
23 die Zukunft
24 Deutschlands als eine gerechte, offene und vielfältige Migrationsgesellschaft.

25 **Der Prüfstein dieser Prinzipien besteht darin, wie wir mit unseren schwächsten
26 Mitgliedern
27 umgehen, denjenigen, die nicht für sich lobbyieren können.**

28
29

20 Eine funktionierende Rechtsstaatlichkeit schützt die Rechte aller, insbesondere
21 der
22 verletzlichsten Gruppen. Indem wir sicherstellen, dass auch die Schwächsten
23 Zugang zu ihren
24 vollen Rechten haben, auch mittels unabhängiger Beschwerdestellen, unabhängigem
25 Menschenrechts-Monitoring, anwaltlicher und rechtspolitischer Vertretung, sowie
26 *human rights*
27 *budgeting*, stärken wir die Gesellschaft und das demokratische System als Ganzes.
28 Wenn wir
auf die Bedürfnisse und Rechte derjenigen achten, die am meisten Unterstützung
benötigen,
fördern wir zudem ein gerechtes und inklusives System für uns alle. Letztlich
profitieren
wir alle von einer Gesellschaft, die die Würde und Freiheit jedes Individuums
respektiert
und schützt. Gerade wenn uns der Wind von rechts entgegenbläst, müssen wir zu
unseren Werten
von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie stehen und für sie kämpfen.

29 Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat die größte Fluchtbewegung in
30 Europa seit dem
31 Zweiten Weltkrieg ausgelöst. Auch der Konflikt im Nahen Osten hat Millionen
32 Menschen in
33 Israel, Gaza, der Westbank und dem Libanon vertrieben. Menschen fliehen aus
Kriegs- und
Krisengebieten wie Afghanistan oder Syrien aufgrund von Terror, Krieg oder
politischer
Verfolgung.

34 Wir erkennen an, dass erhebliche Herausforderungen bei der Versorgung und
35 Unterbringung von
36 Geflüchteten und in der sozialen Infrastruktur, wie Schulen und Kindergärten,
37 bestehen.
38 Dennoch sind Abschottung, Abschiebung und eine immer schlechtere Behandlung – wie
der
Ausschluss von Sozialleistungen – nicht der richtige Ansatz, um diese Probleme zu
bewältigen.

39 Ständige, sich überbietende Forderungen nach immer weiteren
40 Asylrechtsverschärfungen lösen
41 die bestehenden Probleme allerdings nicht, sondern verstärken sie. Unsere
42 Demokratie beruht
43 auf unveräußerlichen Grundrechten. Eine Politik der Entrechtung ist in der
freiheitlichen
Demokratie nicht umsetzbar, die Forderung danach bestärkt rechte Stimmen, anstatt
sie zu

entwaffnen.

44 Rechtspopulistische Entrechtungspolitik hält auch verfassungs- und
45 menschenrechtlicher
46 gerichtlicher Kontrolle nicht stand – zumindest nicht im menschenrechtsbasierten
47 politischen
48 System der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union. Diese
institutionelle
Dynamik führt in ohnehin krisenhaften Zeiten zu weiteren Vertrauensverlusten der
Bürgerinnen
und Bürger in die Handlungsfähigkeit von Politik.

49 Der sich vor unseren Augen abspielende asylpolitische Überbietungswettbewerb
50 spielt
51 Rechtsextremist*innen in die Hände, deren menschenverachtende
Deportationsphantasien
plötzlich salonfähig werden.

52 Demokratische Parteien müssen sich bei allen programmatischen Unterschieden klar
53 auf den
54 Boden der Grund- und Menschenrechte stellen und sie gegen rechtsextreme Politik
55 verteidigen.
56 Umso problematischer ist es, wenn die CDU das von der AfD kopierte und klar
57 grundrechtswidrige sogenannte „Ruanda-Modell“ zur faktischen Abschaffung des
58 Grundrechts auf
59 Asyl in Europa sogar in ihr Grundsatzprogramm aufnimmt. Dies ist nur ein Beispiel
für die
Radikalisierung des Konservatismus, den die Politikwissenschaftlerin Natascha
Strobl in
ihrem Buch *Radikalisierte Konservatismus. Eine Analyse* (Berlin: Suhrkamp, 2021)
beschrieben
und eingeordnet hat.

60 Darüber hinaus sendet die Politik der Entrechtung fatale Signale in die
61 Migrationsgesellschaft, die uns bereichert und auf die wir angewiesen sind.

62 Arbeitsverbote sowie fehlende Integrations- und Teilhabeangebote wie
63 Ausbildungsplätze und
64 Beschulung in Aufnahmeeinrichtungen anstatt in Regelschulen, wie es in Berlin
65 passiert,
66 führen zur Isolation von Migrant*innen und verhindern deren aktive Teilnahme an
67 unserer
Gesellschaft. Dies ist von niemandes Interesse, da sie so unselbstständig und
unmündig
gemacht werden, während vom Staat eingesetzte Mechanismen die Verantwortung für

das Leben
dieser Menschen übernehmen müssen.

68 Zudem verstärken die Unterbringung in Massenunterkünften und die Ghettoisierung
69 die
70 Entfremdung und Isolation und können zu einer Zunahme von Kriminalität führen.
Statt
Kriminalität und Extremismus zu bekämpfen, werden sie durch diese Maßnahmen
begünstigt.

71 Eine Einteilung in „nützliche“ Migrant*innen (Arbeitskräften, die bleiben dürfen)
72 und
73 „irreguläre“ Schutzsuchende, die abgeschoben werden sollen, gefährdet unsere
74 freiheitliche
75 Demokratie, spaltet unsere Gesellschaft und macht wirtschaftlich keinen Sinn.
76 Neben der
77 Tatsache, dass selbst bei gut ausgebildeten Menschen oft keine legale Möglichkeit
der
Einreise besteht, werden hier die Chancen verkannt, die auch diejenigen für
unsere
Gesellschaft darstellen, die noch zusätzliche Sprachkenntnisse oder
Bildungsabschlüsse
erwerben müssen.

78 Die Radikalisierung asylpolitischer Forderungen verstärkt die soziale Ausgrenzung
79 der
80 Schwächsten, führt zu einer weiteren Spaltung der Gesellschaft und spielt
81 antidemokratischen
Kräften in die Hände. Letztlich ist es entscheidend, die Würde und Rechte aller
Menschen zu
achten, um ein gerechtes und inklusives System zu fördern.

82 Nach dem schrecklichen Messerattentat in Solingen und dem glücklicherweise
83 vereitelten
84 Terroranschlag auf die israelische Botschaft in Berlin haben auch die Berliner
85 SPD und CDU
weitere Verschärfungen des Asylrechts gefordert. Diese Art von Symbolpolitik
trägt aber
nicht zu mehr Sicherheit bei.

86 Wir lehnen jegliche Generalisierungen und Rassismen gegenüber Geflüchteten,
87 Menschen mit
88 Migrationsgeschichte und muslimisch gelesenen Menschen ab. Die Tat einer
89 Einzelperson lässt
90 in keinster Weise einen Rückschluss auf geflüchtete Menschen, Menschen mit

91 Migrationsgeschichte oder muslimisch gelesene Menschen im Allgemeinen zu. Statt
92 Menschen auf
Grund ihrer (vermeintlichen) Herkunft unter Generalverdacht zu stellen und ihre
Rechte
weiter einzuschränken, sollten bei der Erarbeitung politischer Konsequenzen
Hintergründe von
Radikalisierung und psychischer Erkrankung identifiziert und ausgewertet werden.

93 Zunehmende Kürzungen im sozialen Bereich, insbesondere in der psychosozialen
94 Versorgung von
95 geflüchteten Menschen, aber auch die zunehmend desolate Situation in den
96 Wohnheimen, führen
97 zu einer Prekarisierung von psychischen Auffälligkeiten, gleichzeitig fehlt es an
98 Prävention
99 von Radikalisierung. Hinzu kommt, dass das deutsche Asyl- und Migrationssystem,
100 durch einen
101 Mangel an Identifikation von Hilfebedarfen, Personalmangel und menschenunwürdigen
Bedingungen in Behörden und Unterkünften, Belastungsfaktoren und Vulnerabilität
erhöht,
statt Unterstützung zu bieten. Ein System, das Menschen handlungsunfähig macht
und in
menschenunwürdigen Bedingungen ausharren lässt, verstärkt psychische Belastung
und
Erkrankung, Wut und Radikalisierung, anstatt diese zu bekämpfen.

102 Extremismus, insbesondere Islamismus, kann nicht durch Gesetzesverschärfungen wie
103 die
104 Streichung der Grundversorgung von Schutzsuchenden oder durch schnellere
105 Abschiebungen von
106 Familien bekämpft werden. Migrationspolitik im Kontext von Terrorismusbekämpfung
107 zu
diskutieren ist ein gravierender politischer Fehler, der Rechtsextremen in die
Hände spielt
und so unsere freiheitliche Demokratie gefährdet. Vielmehr wird unsere
freiheitliche
Demokratie dadurch gefährdet und an den Rande des Übergangs zum Autoritarismus
geführt.

108 Geflüchtete unter Generalverdacht zu stellen, immer weiter zu entrechteten und für
109 die
110 multiplen Krisen unserer Zeit verantwortlich zu machen, ignoriert die Realität,
dass viele
dieser Menschen selbst vor Islamismus und Terror fliehen mussten.

111 Auch der Regierende Bürgermeister hat diese Realität in seinen jüngsten

112 Äußerungen
hartnäckig ignoriert.

113 Wir müssen uns dem entschieden entgegenstellen.

114 Diese Maßnahmen lösen keine Probleme, sondern machen das Leben vieler Menschen
115 beschwerlicher.

116 Diese Entwicklung macht unser Land ärmer und ist ein Nährboden für extremistische
117 Parteien
wie die AfD, deren falsche, autoritäre und menschenfeindliche Narrative nur
gestärkt werden.

118 Unsere Antwort auf Trumpismus, AfD-Wahlerfolge und die Verschiebung des Diskurses
119 nach
120 rechts muss auf Prävention und demokratischer Teilhabe basieren.
121 Demokratieförderung,
Menschenrechts- und Sozialpolitik sind entscheidende Maßnahmen zur Bekämpfung von
Extremismus und Rechtspopulismus.

122 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine Politik, die die Vielfalt unserer
123 Gesellschaft stärkt
und die Freiheit aller verteidigt.

124 Ein herausragendes Beispiel für die konstruktive Gestaltung von Teilhabe in
125 Berlin ist das
126 Gesetz zur Förderung der Partizipation in der Migrationsgesellschaft (PartMigG),
127 das aus
128 einer Initiative des Migrationsrates Berlin hervorgegangen ist und mittlerweile
129 (2021) in
130 einem partizipativen Prozess novelliert wurde. Es schreibt verbindliche
131 Strukturen der
132 Mitbestimmung vor und sichert die Diversitätsentwicklung der Verwaltung. Berlin
hat dort –
auf Initiative der Grünen - den bundesweit ersten Beirat für die Angelegenheiten
der Roma
und Sinti gesetzlich verankert. Insgesamt stellt das Gesetz einen bedeutenden
Fortschritt in
Richtung einer gerechteren und inklusiveren Stadtgesellschaft dar, die die
Potenziale aller
ihrer Mitglieder erkennt und fördert.

133 Ein weiteres zukunftsgerichtetes Beispiel für Teilhabe und Mitgestaltung in
134 unserer
135

136 Migrationsgesellschaft ist die Bundesratsinitiative der Fraktionen von SPD,
137 BÜNDNIS 90/DIE
138 GRÜNEN und Die Linke vom 20. Oktober 2022. Diese Initiative fordert, dass der
139 Senat im
Rahmen seiner Kompetenzen darauf hinwirkt, das Wahlrecht für Unionsbürger*innen
auf die
Landesebene zu erweitern. Zudem soll Drittstaatsangehörigen, die seit mindestens
fünf Jahren
in Deutschland leben, ebenfalls das Wahlrecht auf Landes- und kommunaler Ebene
ermöglicht
werden.

140 Statt in alte reaktionäre Muster zurückzufallen, die unsere
141 Migrationsgesellschaft nicht
142 anerkennen und unsere freiheitliche Demokratie gefährden, sollten wir mutig
143 zukunftsorientierte Projekte vorantreiben. Nur so können wir als
Stadtgesellschaft
Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Vielfalt leben.